



Jahresbericht 2024

Register Reinickendorf zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle



Entwicklungen im Überblick

Die Gesamtzahl der Vorfälle in Reinickendorf stieg um 51 Vorfälle auf 225 Fälle an (2023: 175). Der Zuwachs fiel allerdings im Vergleich zum Vorjahr prozentual geringer aus (2024: 29 %; 2023: 71 %). Wie in anderen West-Berliner Randbezirken lag die Gesamtzahl damit weiterhin unter der der Bezirke in Innenstadtlage oder am östlichen Stadtrand. In Reinickendorf stachen im Jahr 2024 zwei Aspekte besonders hervor: diskriminierende Strukturen im Ankunftszenrum Tegel und ein Anstieg von Neonazi-Propaganda im Märkischen Viertel.

Im Vergleich zum berlinweiten Durchschnitt zeichnet sich Reinickendorf durch einen deutlich höheren Anteil **struktureller Diskriminierung** mit 14 % aus (berlinweit: 6 %). Anders als in anderen West-Berliner Randbezirken wie Spandau, Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg war außerdem der Anteil antisemitischer Vorfälle in Reinickendorf mit Abstand am niedrigsten. Auch in absoluten Zahlen gab es in Reinickendorf berlinweit die wenigsten antisemitischen Vorfälle. Das lässt sich unter anderem darauf zurückführen, dass es in Reinickendorf, wie in manchen anderen Randbezirken, keine jüdischen Institutionen oder Treffpunkte gibt, die Ziel von Attacken werden könnten bzw. in deren Umfeld sich als jüdisch erkennbare Personen vermehrt im öffentlichen Raum bewegen. **Rassistische Vorfälle** dagegen spielten in Reinickendorf eine deutlich stärkere Rolle, als in ähnlichen Bezirken und ihr Anteil lag auch deutlich über dem Berliner Durchschnitt.

Art der Vorfälle

Mit Ausnahme der Kategorie Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei gab es bei allen Vorfallsarten einen Zuwachs in absoluten Zahlen. Besonders deutlich fiel dieser im Bereich Propaganda aus, wo ein neuer Höchststand erreicht wurde (2024: 134; 2023: 106). Strukturelle Diskriminierung verdoppelte sich (2024: 31; 2023: 16) und übertraf den bisherigen Höchstwert (2022: 22). Die Zahl der Veranstaltungen verdreifachte sich (13; 2023: 4) und erreichte damit fast wieder das Niveau der Jahre 2018/19 (2018: 16; 2019: 15). Die Anzahl der Angriffe und Sachbeschädigungen stieg jeweils um vier Vorfälle und erreichte damit die Zahlen vorheriger Jahre. Mit elf Angriffen (2023: 6) wurde wieder das seit 2015 übliche Niveau erreicht. Mit acht Sachbeschädigungen wurde der bisherige Höchstwert übertroffen (2020: 7).

Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe

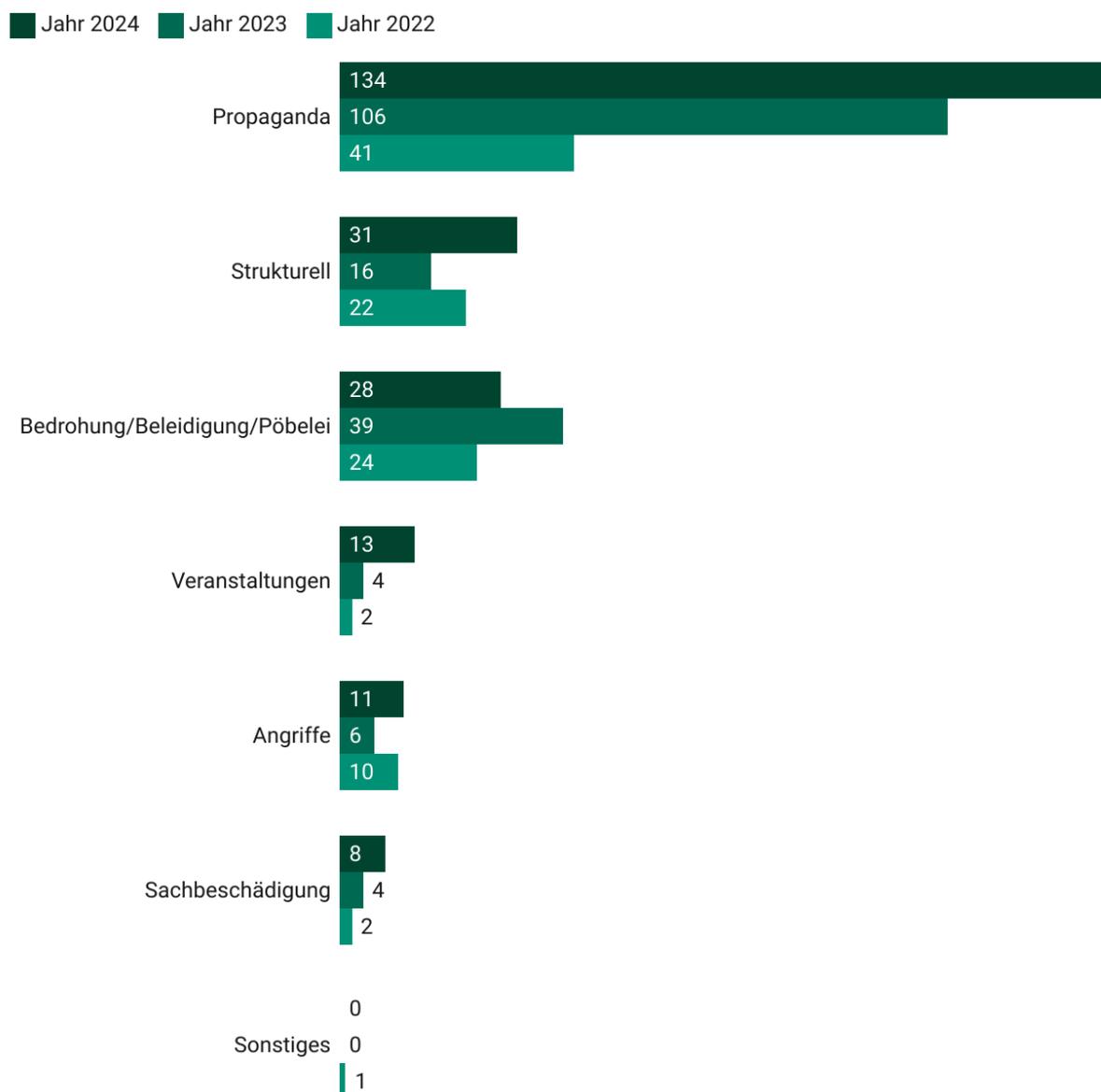
Der Großteil der **Angriffe** war wie in den Vorjahren rassistisch motiviert. Davon fanden drei im Wohnumfeld und einer an einer Schule statt. Von acht rassistischen Angriffen richteten sich zwei gegen einen jungen Schwarzen Mann. Diese Fälle stechen dadurch heraus, dass die Täter auch in den Wohnraum des Betroffenen eindrangen. Er wurde zunächst vor seiner Haustür von drei Männern rassistisch beleidigt und mit einem Besen geschlagen. Wenige Tage später wurde er nachts in seinem Bett von fünf Männern überfallen und mit Tränengas besprüht. Weitere zwei Angriffe waren LGBTIQ*-feindlich motiviert. Außerdem wurde eine Person im Märkischen Viertel nachts von einem unbekanntem jungen Mann als „Scheiß Zecke“ beschimpft und angespuckt.

Angriffe fanden vor allem auf offener Straße, im Nahverkehr, in Geschäften, aber auch im sozialen Nahfeld wie Schule oder Nachbarschaft statt. Täter waren im vergangenen Jahr ausschließlich männliche Jugendliche und Männer im Alter bis 39 Jahre. In einem Fall waren auch Kinder an einer Gruppe beteiligt, die queere Jugendliche angriff. Meist griffen die Täter in deutlicher Überzahl und

unvermittelt an. Teilweise richteten sie ihre Aggressionen im Laufe eines Konflikts mit Unbekannten im öffentlichen Raum gegen unbeteiligte Dritte.

Auch bei **Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien** war weiterhin Rassismus das Hauptmotiv (2024: 11; 2023: 18). In allen drei antimuslimisch-rassistisch motivierten Fällen waren Frauen betroffen. Sechs verbale Anfeindungen richteten sich gegen Personen, die als queer wahrgenommen wurden (2023: 10). Ebenfalls in sechs Fällen wurden politische Gegner:innen der extremen Rechten angepöbelt, beleidigt oder bedroht (2023: 4). Unter anderem beleidigten Neonazis Teilnehmende eines Zeltlagers der Sozialistischen Jugendorganisation „Die Falken“.

Vorfallsart



Erstellt mit Datawrapper

Sachbeschädigung und Drohbriefe gegen politische Gegner:innen

Personen und Institutionen, die von extrem rechten Akteur:innen als politische Gegner:innen wahrgenommen wurden, wurden zur Zielscheibe von Sachbeschädigungen oder erhielten Drohbriefe. **Sachbeschädigungen** richteten sich vor allem gegen Schaukästen von Parteien wie Die Linke, SPD oder Bündnis 90/Die Grünen, aber auch des Bürgervereins Frohnau. Diese wurden meist mit rassistischen Aufklebern überdeckt oder mit rassistischen Parolen beschmiert. Teilweise wurden Beleidigungen der betroffenen Organisationen hinzugefügt. An diesen Beispielen zeigt sich, wie eng rassistische Agitation und Angriffe gegen Vertreter:innen demokratischer Werte mittlerweile verzahnt sind. Ein Lokalpolitiker der Partei Bündnis 90/Die Grünen, der regelmäßig auf Protestkundgebungen gegen Veranstaltungen der AfD als Redner auftrat, erhielt mehrere persönlich adressierte **Drohbriefe** eines AfD-Sympathisanten. Darin wurde ihm angedroht, er würde nach einer Machtübernahme in einem Arbeitslager inhaftiert. Auch der Kreisverband der SPD erhielt einen ähnlichen Brief.

Propaganda und Veranstaltungen

Die Zunahme von **Neonazi-Propaganda** im öffentlichen Raum fand besonders in Frohnau, dem Märkischen Viertel und dem Ortsteil Reinickendorf statt. Ein Vorfall umfasst manchmal eine Vielzahl von Aufklebern, die an einem Ort verklebt wurden. Besonders in Frohnau und im Märkischen Viertel wurden ganze Routen immer wieder mit Neonazi-Aufklebern versehen. Auch in Alt-Tegel, Waidmannslust und in Wittenau gab es Orte, an denen regelmäßig Propaganda angebracht wurde.

Die Propaganda war zu einem großen Teil **rassistisch motiviert** (60 Vorfälle). Hierzu zählen Aufkleber und Schmierereien mit dem Kampfbegriff „Remigration“. Hinter dem Wort „Remigration“ steht die Forderung nach Ausweisung und Vertreibung von Menschen mit Migrationsgeschichte aus Deutschland. Viele Aufkleber waren gegen Asylsuchende gerichtet. Ihnen wurden Gewalttaten wie Vergewaltigung unterstellt oder sie wurden aufgefordert „weiter zu flüchten“. Muslim:innen wurden als Terrorist:innen dargestellt und Migrant:innen mit Tieren assoziiert. Auch Propaganda, die den Nationalsozialismus verherrlichte (2024: 19; 2023: 11) oder sich gegen politische Gegner:innen der extremen Rechten richtete (2024: 20; 2023: 13), stieg weiter an.

Die meisten Aufkleber stammten aus dem Online-Versandhandel von „aktivde“ und „Druck18“ sowie von der Neonazi-Kleinpartei „Der III. Weg“. „**Der III. Weg**“ verteilt seine Propaganda in Berlin besonders in den Ostbezirken. Reinickendorf liegt mit 15 Vorfällen mit Bezug zu der Neonazi-Partei über anderen Westbezirken.

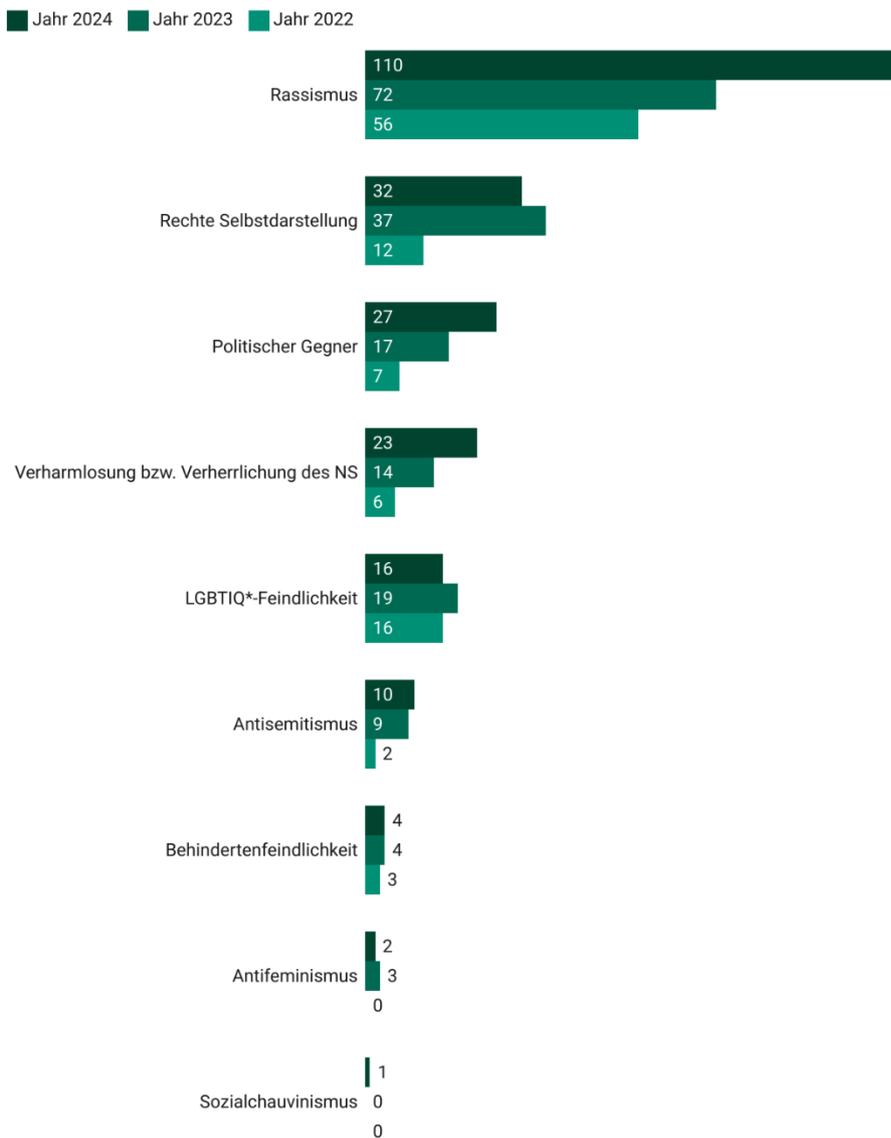
Einen Großteil der dokumentierten **Veranstaltungen** nahmen Treffen der Neonazi-Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD) ein. Dazu zählten gesellige Treffen sowie Vorträge in Innenräumen und eine kleine Gedenkaktion zum Volkstrauertag. Im Mai 2024 wurde der monatliche Stammtisch der AfD Reinickendorf von der damaligen extrem rechten Jugendorganisation „Junge Alternative“ geleitet. Als Gast war Beatrix von Storch geladen. Im Oktober fand darüber hinaus ein Autokorso mit LGBTIQ*-feindlichen Inhalten und extrem rechter Beteiligung im Bezirk statt.

Strukturelle Diskriminierung

Die Steigerung im Bereich strukturelle Diskriminierung ging vor allem darauf zurück, dass mehr diskriminierende Strukturen aus dem Ankunftszentrum für Geflüchtete auf dem Gelände des ehemaligen Flughafen Tegel dokumentiert wurden (2024: 11; 2023: 5). Auch durch vermehrte Presseberichterstattung wurden mehr Vorfälle bekannt. So wurden Kinder über Monate hinweg nicht beschult und auf engstem Raum ohne Privatsphäre untergebracht. Aufgrund fehlender Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen waren Bewohnende Gesundheitsgefahren wie einer Masernansteckung ausgesetzt. Zudem äußerten sich Mitarbeitende rassistisch über Bewohnende. Von 31 Vorfällen aus dem Bereich struktureller Diskriminierung waren 15 im Ortsteil Tegel verortet. Neben der Unterkunft für Geflüchtete

fanden sie in einer Sammelunterkunft statt, deren Adresse anonymisiert wurde, sowie in der Justizvollzugsanstalt. Drei weitere Vorfälle wurden aus Unterkünften für Geflüchtete jenseits von Tegel registriert.

Motive



Erstellt mit Datawrapper

Rassismus

Rassistische Vorfälle stiegen deutlich auf 110 an (2023: 72). Damit wurde auch der bisherige Höchstwert übertroffen (2018: 81). Besonders Anti-Schwarzer Rassismus nahm zu (2024: 17; 2023: 7), während der Anstieg bei antimuslimischem Rassismus geringer ausfiel (2024: 18; 2023: 15). Im Vergleich dazu wurden weiterhin wenige antiziganistische Vorfälle dokumentiert (2024: 3; 2023: 2). Weitere Vorfälle wurden der Kategorie Rassismus allgemein zugeordnet. Dazu zählen beispielsweise Aufkleber, Schmierereien oder Veröffentlichungen, die Migrant:innen pauschal abwerteten oder sich für die Ausweisung und Vertreibung vermeintlich nicht-deutscher Personen aussprachen.

Queerfeindlichkeit und Antisemitismus

Die Zahl **LGBTIQ*-feindlicher** Vorfälle bewegte sich etwa auf dem Level der Vorjahre (2024: 16; 2023: 19). Davon waren zwei Angriffe (2023: 0) und sechs verbale Anfeindungen (2023: 10). Insgesamt bewegt sich die Gesamtzahl dieser beiden Vorfallsarten auf einem ähnlichen Niveau. Einzelne Vorfälle zeigen, wie sich aus Bedrohungen und Beleidigungen im öffentlichen Raum physische Angriffe entwickeln. An der Station U-Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik fand im Januar beispielsweise ein transfeindlicher Angriff auf zwei junge Erwachsene statt. Sie wurden von einer Gruppe bereits in der Bahn belästigt und nach dem Aussteigen geschlagen. Beim Jugendtreff „House of Queers“ im Märkischen Viertel wurden Jugendliche beleidigt und der Treff wurde mit Eiern und Steinen beworfen.

Nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 stieg die Zahl **antisemitischer** Vorfälle in anderen Bezirken stark an. In Reinickendorf ähnelte sie hingegen der des Vorjahrs (2023: 9). In etwa der Hälfte der Vorfälle gab es einen Bezug zum Nahostkonflikt. Zu den antisemitischen Vorfällen gehörten v. a. Schmierereien im öffentlichen Raum und Sachbeschädigungen.

Politische Gegner:innen, Verherrlichung des Nationalsozialismus und rechte Selbstdarstellung

Wie bereits im Vorjahr gab es einen weiteren Anstieg an Vorfällen, die sich gegen **politische Gegner:innen** der extremen Rechten richteten (2024: 27; 2023: 17). Besonders häufig waren Aufkleber, die sich gegen Antifaschismus wandten. Bemerkenswert ist, dass neben Symbolen wie der Antifa-Aktions-Flagge oder Hammer und Sichel oft auch eine Regenbogenfahne abgebildet wurde. Queere Sichtbarkeit wurde so zunehmend mit einer politisch linken Einstellung assoziiert. Vorfälle mit spezifisch **antifeministischem Motiv** blieben selten (2024: 2; 2023: 3).

Im Bereich **Verharmlosung und Verherrlichung des Nationalsozialismus** lässt sich seit einigen Jahren ein deutlicher Aufwärtstrend beobachten. Im Jahr 2024 stieg die Zahl der Vorfälle auf einen neuen Höchstwert (2024: 23; 2023: 14). In sechs Fällen wurden Hakenkreuze im öffentlichen Raum oder in Hausfluren gemalt oder geritzt. Teilweise wurden diese mit weiteren Neonazi-Codes wie 88 für „Heil Hitler“ oder 1161 für „Anti-Antifaschistische-Aktion“ kombiniert. Vier Vorfälle bezogen sich auf die alliierte Bombardierung Dresdens, die in extrem rechten Kreisen zur Relativierung der NS-Verbrechen genutzt wird. Zweimal zeigten Personen einen Hitlergruß auf der Straße.

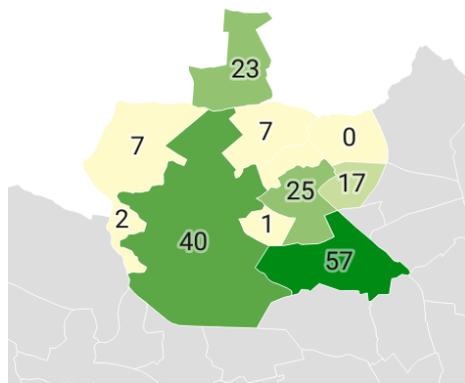
Propaganda oder Veranstaltungen, die Werbung für Neonazi-Parteien oder extrem rechten Versandhandel machten, sich jedoch nicht gegen bestimmte Gruppen richteten, wurden der Kategorie **Rechte Selbstdarstellung** zugeordnet. Dort gab es einen leichten Rückgang (2024: 32; 2023: 37).

Behindertenfeindlichkeit und Sozialchauvinismus

Die wenigsten Vorfälle ließen sich den Motivkategorien Behindertenfeindlichkeit und Sozialchauvinismus zuordnen. Wie im Vorjahr wurden vier behindertenfeindliche Vorfälle verzeichnet. **Behindertenfeindlichkeit** zeigte sich u. a. im Unwillen von Behördenmitarbeitenden eine geflüchtete Person in einer barrierefreien Unterkunft unterzubringen. Bei den behindertenfeindlichen Vorfällen handelte es sich durchweg um Diskriminierung im Bereich Wohnen. Im Bereich **Sozialchauvinismus** ist von einer noch höheren Dunkelziffer auszugehen, da viele Betroffene, wie wohnungs- und obdachlose oder drogenabhängige Personen, kaum über Ressourcen verfügen, ihre Erlebnisse zu melden. Im Jahr 2024 wurde ein sozialchauvinistischer Vorfall dokumentiert (2023: 0). Eine ehemals wohnungslose Person wurde in diesem Fall von einer Behördenmitarbeiterin herabwürdigend behandelt.

Ortsteile

Im Unterschied zu anderen Bezirken in Randlage verteilen sich die Vorfälle in Reinickendorf mittlerweile über viele Ortsteile. Bis auf Lübars (2023: 5) gab es in allen Ortsteilen gemeldete Propagandavorfälle. Die meisten Vorfälle wurden erneut in den Ortsteilen Reinickendorf (57), Tegel (40) und Wittenau (25) gemeldet, gefolgt von Frohnau (2024: 23; 2023: 5) und dem Märkischen Viertel (2024: 17; 2023: 6). In den übrigen Ortsteilen lag die Zahl der Vorfälle deutlich niedriger. In Waidmannslust wurden acht (2023: 11), in Heiligensee und Hermsdorf wurden jeweils sieben (2023: 6 bzw. 2), in Konradshöhe zwei (2023: 2) und Borsigwalde wurde nur ein Vorfall (2023: 3) dokumentiert. Der deutlichste Anstieg von Propaganda ließ sich für Frohnau und das Märkische Viertel verzeichnen. Im Ortsteil Reinickendorf sticht hervor, dass mehrere Vorfälle mit Bezug zu den **Grauen Wölfen** dokumentiert wurden. Das Kulturzentrum der „Freien kurdischen Gemeinde“ wurde im Oktober Ziel eines versuchten Brandanschlags. Es wurden außerdem zwei Schmierereien mit Symbolen der türkischen extremen Rechten dokumentiert.



Märkisches Viertel

Besonders im Märkischen Viertel wurde 2024 ein starker Zuwachs von Aufklebern des extrem rechten Versandhandels "aktivde" sowie von extrem rechten Schmierereien dokumentiert. Die Aufkleber richteten sich vielfach gegen Antifaschismus und die queere Bewegung und waren auf eine jugendliche Zielgruppe zugeschnitten. Ein häufig verklebter Sticker zeigte einen Kopf mit schwarz-rot-goldener Sturmhaube mit dem Slogan "Deutsche Jugend voran". Dieser Slogan bezieht sich auf eine neue extrem rechte Jugendgruppierung, die seit 2024 als loser Zusammenhang mit öffentlichen Aktionen in Erscheinung tritt. Im Sommer erlangte sie bundesweit Aufmerksamkeit mit Störaktionen gegen Pride-Paraden. In den Sozialen Medien gibt es einen bundesweiten und einen Berliner Ableger. Die Aufkleber von „aktivde“ sowie die Zunahme von extrem rechten Schmierereien deuten darauf hin, dass sich aktive junge Menschen mit extrem rechten Einstellungen im Märkischen Viertel aufhalten.

Ausblick

Die öffentliche Debatte war in den letzten Monaten so rassistisch wie lange nicht. Menschenrechte wurden zunehmend in Frage gestellt. Besonders die Anschläge von Magdeburg oder Aschaffenburg wurden dabei instrumentalisiert, um generell Stimmung gegen Menschen mit Migrationsgeschichte zu machen. In der Regel folgen auf eine diskursive Radikalisierung **mehr Gewalttaten**. Auch in Reinickendorf ist ein Anstieg von verbalen Anfeindungen und physischer Gewalt, vor allem im öffentlichen Raum, zu befürchten. Dies könnte zum einen Personen treffen, die als nicht-deutsch kategorisiert werden, aber auch solche, die sich politisch für Migrant:innen und gegen Rassismus stark machen. Die Zunahme von Drohbriefen gegen Politiker:innen und von Sachbeschädigungen an Einrichtungen im vergangenen Jahr deuten bereits in diese Richtung.

Die menschenunwürdige Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine und anderen Ländern auf dem **Flughafengelände Tegel** scheint ein Dauerzustand zu werden. Auch in anderen Unterkünften

erfahren Geflüchtete und Wohnungslose in Reinickendorf Diskriminierung. Menschenrechte gelten für alle, unabhängig von ihrem Aufenthalts- oder sozialen Status. Auch in Reinickendorf gilt - daher, sich nicht von den aktuellen Diskursverschiebungen blenden zu lassen und für eine Verbesserung der Unterbringungssituation zu sorgen.

Bundesweit lässt sich momentan ein Aufstieg **extrem rechter Jugendkulturen** beobachten. Die vom Register Reinickendorf dokumentierten Vorfälle weisen darauf hin, dass auch Jugendliche oder junge Erwachsene im Bezirk mit diesen Gruppierungen sympathisieren. Schulen und Jugendeinrichtungen müssen sich darauf einstellen, dass Schüler:innen und Besucher:innen entsprechende Werbung verteilen oder sich entsprechend äußern, um Mitstreitende anzuwerben. Jugendeinrichtungen könnten unfreiwillig zu Treffpunkten von jungen Neonazis werden. Besonders queere Jugendliche könnten Ziel von Mobbing und Gewalt durch andere Jugendliche werden. Lehrkräfte und Sozialarbeitende müssen sich auf diese Szenarien vorbereiten und Betroffene schützen.

Impressum

Redaktion: Projektkoordination
Register Reinickendorf

E-Mail: register-rd@lvs.stiftung-spi.de

Telefon: 0152.282 45 37

Web: <https://www.stiftung-spi.de/projekte/register-rd/>
<https://berliner-register.de/reinickendorf>

V.i.S.d.P.:

Aliye Stracke-Gönül

Stiftung SPI

Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung

Frankfurter Allee 35-37, Aufgang C

10247 Berlin

Gefördert durch

im Rahmen von

BERLIN			DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	

Stiftung SPI
Lebenslagen, Vielfalt &
Stadtentwicklung

